

Energieminister Rumen Ovcharov zurücktreten, weil ihm vorgeworfen wurde, aus geschäftlichen Interessen Ermittlungen im Korruptionsskandal um das hauptstädtische Fernwärme-Unternehmen Toplofikazia Sofia beeinflusst und den obersten Ermittlungschef persönlich bedroht zu haben. Und im April 2008 mußte Innenminister Rumen Petkov zurücktreten. Nach zwei Auftragsmorden an den Geschäftsführer des Energieunternehmens Atomenergoremont und den Schriftsteller Georgi Stoev wurde ihm vorgeworfen, Kontakte zu einem Brüderpaar zu besitzen, das der organisierten Kriminalität zugerechnet wird. Im November 2008 hat die EU Bulgarien Fördergelder wegen der grassierenden Korruption gestrichen.

Zum Hintergrund: RWE will 1,5 Milliarden Euro in den Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien investieren. Der Konzern bewirbt sich außerdem um eine Beteiligung an dem umstrittenen Atomkraftwerk Cernavoda 3 & 4 im Süden Rumäniens. Beide Projekte wurden zu Sowjetzeiten geplant und nach der Wende verworfen. Sie liegen in einer Region, in der regelmäßig starke Erdbeben stattfinden und gelten deshalb als zwei der risikoreichsten Atomprojekte, die derzeit in Europa geplant sind. 1983 warnten sogar sowjetische Wissenschaftler vor dem Bau eines Atomkraftwerks in Belene und auch der ehemalige Chef der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Georgui Kastchiev, kritisierte das Projekt.

Am 19. Dezember 2008, nur eine Woche nach den Morddrohungen gegen die bulgarischen Atomkraftgegner, hat das RWE-Management einen Vertrag zum Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien geschlossen, trotz Auseinandersetzung und Kritik im RWE-Aufsichtsrat. Dabei geht es zunächst um eine Projektentwicklungsgesellschaft, die

in den nächsten 18 Monaten die Voraussetzungen für die Realisierung von Belene schaffen soll. Erst dann wird der Eigenkapitalbetrag von RWE freigegeben. Umweltschützer glauben deshalb noch nicht an die Realisierung des Projektes. „RWE hat vollmundige Versprechungen gegenüber seinem Aufsichtsrat etwa zur Sicherheit von Belene gemacht, die nicht einzuhalten sein werden. Wir appellieren deshalb weiterhin an die Aufsichtsräte, diese gefährliche und gewissenlose Investition zu streichen“, sagt Heffa Schücking. Sie sieht weiteren Konfliktstoff nicht nur im Aufsichtsrat voraus: „Mit dieser Entscheidung brüskiert RWE Chef Großman nicht nur einen Teil der Aufsichtsräte, viele Anteilseigner und Kunden des Konzerns. Er bringt die atomkritische Öffentlichkeit gegen RWE auf und steuert den Konzern geradewegs in einen Reputations-GAU.“

Zu den Tücken des Projektes gehört neben seinem geplanten Standort in einem Erdbebengebiet das gefährliche politische Klima in Bulgarien. Die Morddrohungen gegen die bulgarischen Atomkraftgegner hätten „ein Warnsignal für das RWE-Management sein müssen, daß Atomprojekte auf dem Balkan nicht nach hiesigen Maßstäben zu realisieren sind“, erklärt Schücking. „Wenn RWE an diesem atomaren Auslandsabenteuer festhält, geht das zu Lasten der Sicherheit und Gesundheit von Millionen von Europäern.“

Laut Berichten der bulgarischen Presse erwirbt RWE für 1,275 Milliarden Euro einen Anteil von 49 Prozent an der neu gegründeten Belene Projektentwicklungsgesellschaft und zahlt außerdem eine Prämie von 500 Millionen Euro an den bulgarischen Energieversorger NEK. Umweltschützer kündigen für 2009 eine breite öffentliche Kampagne gegen den aggressiven

Atomkurs des deutschen Energieversorgers an. ●

Atompolitik

Staffelübergabe der Atomlobbyisten

Tschechien will während seines EU-Ratsvorsitzes eine „Enttabuisierung“ der Atomkraft erreichen

Der EU-Ratsvorsitz der Tschechischen Republik seit Anfang dieses Jahres wird wohl zum Werbefeldzug für die Atomindustrie verkommen, befürchtet die Bürgerorganisation Atomstopp-Oberösterreich. Führende tschechische Politiker hatten bereits im Vorfeld der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes angekündigt, Tschechien wolle sich während seines EU-Ratsvorsitzes um eine „Enttabuisierung“ der Atomkraft bemühen. „Nach dem atomfixierten Frankreich ein glatter Staffellauf der Atomlobbyisten“, meint Atomstopp-Oberösterreich in einer Erklärung zum Jahreswechsel. Die Tschechische Republik habe schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie keine Skrupel hat, sich über internationale, völkerrechtliche Verträge hinwegzusetzen, wenn es ihren Interessen besser zukommt und der Nutzung der Atomkraft hilft.

Das Melker Abkommen aus dem Jahr 2001 über die sicherheitstechnische Nachrüstung des Atomkraftwerks Temelin, das nach monatelangen Bürgerprotesten an den österreichisch-tschechischen Grenzübergängen und bilateralen Auseinandersetzungen letztlich unter Vermittlung der EU-Kommission zustande gekommen war, wurde durch Tschechien mit der Erteilung der Betriebsgenehmigung für das AKW Temelin im November 2006 gebrochen, rügt Atomstopp-Oberösterreich. Auch heute, zum Jahresbeginn

2009, bestünden immer noch genau jene gravierenden Sicherheitsmängel, die zu Verzögerungen beim Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union geführt haben, hätte nicht die EU-Kommission vermittelnd eingegriffen und hätte sich Tschechien nicht zur umfassenden Klärung aller offenen Sicherheitsfragen verpflichtet. „Wohl wissend, daß die 2001 im Melker Abkommen eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Nachrüstung des AKW Temelin nicht eingehalten werden konnten, wird von Tschechien jetzt die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Abkommens einfach abgestritten“, empört sich Atomstopp-Oberösterreich. Die tschechische Regierung habe auch keine Bedenken, jetzt ein Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz für den Ausbau des AKW Temelin anzuwenden, das nicht den Vorgaben der Europäischen Union entspricht. Auch dieses Vorgehen sei ganz im Dienste der Atomenergie. Die Abhängigkeit einiger weniger Länder von der Atomkraft sollte die tschechischen Politiker nicht in die Irre führen. Denn lediglich weniger als 3 Prozent des gesamten Primärenergiebedarfs weltweit werden mit Hilfe der Atomenergie gedeckt. ●

Atomtüll-Endlagerung

Internetforum des BMU zur Endlagerung

Im Nachgang zum Endlagerungssymposium vom 30.10. bis 1.11.2008 in Berlin (Strahlentelex hatte berichtet) steht interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums (BMU; www.bmu.de) jetzt ein Forum zur Verfügung, in dem sie ihre Meinung zu den Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung hoch-